Datum:	24. September 2010
Medium:	der Standard

Träger fordern Pflegefonds und einheitliche Regeln

24. September 2010, 09:20

Hilfsorganisationen wollen "große Lösung" - Fünf Mrd. Euro Mehrkosten in den kommenden zehn Jahren

Wien - Die Hilfsorganisationen fordern die Einrichtung des von der Regierung angedachten Pflegefonds bis spätestens 2013. Gleichzeitig verlangen die in der Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt (BAG) zusammengeschlossenen Trägerorganisationen in ihrem nun vorliegenden Konzept eine bundesweite Vereinheitlichung der Regeln im Pflege-Sektor. Derzeit fallen Sachleistungen (u.a. stationäre Betreuung im Heim, Mobile Dienste) in die Kompetenz der Länder und werden unterschiedlich gehandhabt. Die zu erwartenden Mehrkosten bis ins Jahr 2020 beziffert die BAG mit insgesamt rund fünf Mrd. Euro.

Das Gesamt-Konzept der BAG soll am Montag bei einer Pflege-Enquete der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Der derzeitige BAG-Vorsitzende, Hilfswerk-Geschäftsführer Walter Marschitz, sagte, der Pflegefonds solle eine "große Lösung" werden und kein Zwischenschritt. Alle bestehenden Finanzierungen von Bund, Ländern und Gemeinden im Langzeitpflegebereich sollen laut BAG in einem System - dem Pflegefonds - zusammengeführt werden. Als Vorbild dafür könne etwa das Modell des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) dienen.

2020: Mehrbedarf von einer Milliarde Euro

Wie der Fonds letztlich gespeist wird sei Sache der Politik, vermutlich werde es eine "Mischfinanzierung" werden, so Marschitz. Bereits jetzt würden rund 3,9 Mrd. Euro für die für den Pflegefonds vorgesehenen Leistungen von der öffentlichen Hand aufgewendet. Im Jahr 2020 ist laut Berechnungen der BAG mit einem - vor allem demografisch bedingten - Mehrbedarf von etwa einer Mrd. Euro gegenüber dem Status Quo zu rechnen. Über den Zeitraum der nächsten zehn Jahre werden den Schätzungen zufolge insgesamt etwa fünf Mrd. Euro an zusätzlichen Mitteln notwendig sein.

Mit der Einrichtung des Pflegefonds soll nach Willen der Mitglieder der BAG - Caritas, Diakonie, Hilfswerk, Rotes Kreuz und Volkshilfe - nicht nur die Finanzierung auf neue Beine gestellt werden. Gleichzeitig sollen auch "einheitliche Spielregeln" geschaffen werden. Derzeit gibt es im Pflegebereich starke regionale Unterschiede - etwa bei der Pflegegeldeinstufung, Selbstbehalten und auch beim Versorgungsniveau. Man wolle zwar keine neue Zentralbehörde schaffen, aber die Regelungen sollten bundesweit einheitlich sein, so Marschitz. (APA)